

Russland Ex-Präsident Boris Jelzin stirbt im Alter von 76 Jahren an Herzstillstand

Einmal Demokratie und zurück

Gestern erlag Boris Jelzin in einer Moskauer Klinik seinem Herzleiden. Der erste Präsident der Russischen Föderation brachte die Freiheit in sein Land, verlor dabei aber zunehmend die Kontrolle.

Christian Weisflog, Moskau

«Nehmt euch so viel Souveränität, wie ihr vertragen könnt» – wenn ein Jelzin-Zitat in die Geschichtsbücher eingeht, dann wohl dieses. Denn letztlich war es diese Haltung, mit der Boris Jelzin 1991 das Ende der Sowjetunion einleitete. Spätestens seit dem August-Putsch im selben Jahr galt der Bauernsohn vom Ural als starker Mann in Moskau. Damals wollten reaktionäre Kräfte mit Gewalt das Rad der Zeit zurückdrehen und setzten Generalsekretär Michail Gorbatschow in seinem Urlaub auf der Krim unter Hausarrest. Jelzin, der im Juni zum Präsidenten der russischen Teilrepublik gewählt wurde, verteidigte den Regierungssitz in Moskau mit Hilfe der Bevölkerung gegen die Putschisten. Das Bild von Jelzin auf einem Panzer vor dem Weissen Haus, nachdem sich die Soldaten mit den Demonstranten solidarisiert hatten, ging um die Welt.

Jelzin, der radikale Reformier

Von diesem Zeitpunkt an galt der spätere Kremlherr im Westen als Demokrat und radikaler Reformier. Die Ereignisse überschlugen sich: Per Dekret verbot Jelzin im November 1991 die Kommunistische Partei. Nachdem die Ukraine ihre Unabhängigkeit erklärt hatte, beschlossen Jelzin sowie der ukrainische und der weissrussische Präsident bei einem Treffen die Auflösung der Sowjetunion und ihre Umwandlung in die lose Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Weitere sowjetische Teilrepubliken schlossen sich dem Bündnis an, und Michail Gorbatschow trat kurz darauf als Staatsoberhaupt der Sowjetunion zurück.

Somalia

Hunderttausende verlassen Mogadischu

Hunderttausende Menschen sind vor den heftigen Kämpfen in Somalias Hauptstadt Mogadischu auf der Flucht. Von Äthiopiens unterstützte Regierungstruppen lieferten sich dort gestern den sechsten Tag in Folge schwere Kämpfe mit islamistischen Rebellen. In einigen Stadtteilen waren die Explosionen von Granaten zu hören. Wer könne, habe inzwischen die Stadt verlassen, sagte ein Somalier, dessen Wohnviertel dicht an den umkämpften Gebieten liegt.

Wie viele Menschen in den jüngsten Kämpfen starben, blieb unklar. Verschiedenen Informationen zufolge waren es mindestens 230. Laut Schätzungen sind etwa eine halbe Million Bewohner der Stadt auf der Flucht. Vor den Kämpfen lebten dort bis zu 2,4 Millionen Menschen. Die gegenwärtigen Gefechte sind die schwersten seit einem viertägigen Gewaltausbruch Ende März, bei dem rund 1000 Menschen starben. Die meisten Opfer sind Zivilisten.

Wer im Moment die Kämpfe gegen die Regierungstruppen und deren äthiopische Helfer anführt, ist nicht sicher. Die somalische Gesellschaft ist in zahlreiche Familienclans aufgespalten, in denen mächtige Kriegsfürsten das Sagen haben. Einige der Clans vertreten radikal-islamische Positionen. Hinzu kommt, dass nach Angaben der USA und Äthiopiens die Extremistenbewegung Al-Qaida im Land Fuss gefasst haben soll und in dem Konflikt aktiv mitmischte. Ministerpräsident Ali Mohamed Gedi sagte, der Kampf werde bis zur Zerschlagung der Islamisten und ihrer ausländischen Helfer fortgesetzt. (reu)



Ein Bild, das 1991 um die Welt ging: Boris Jelzin ruft auf einem Panzer zum Widerstand gegen die Putschisten auf. (key)

Für den Zerfall des kommunistischen Imperiums sowie für das darauf folgende wirtschaftliche und politische Chaos wird heute Gorbatschow verantwortlich gemacht. Jelzin hingegen nimmt für sich in Anspruch, mit seinem Verhalten ein grösseres Blutvergiessen verhindert zu haben. Der Zerfall des Imperiums wäre tatsächlich nicht mehr oder nur noch mit brutaler Gewalt zu stoppen gewesen. Überall brodelte es, vom Südkaukasus bis zum Baltikum strebten Staaten und Völker nach nationaler Selbstbestimmung. Für die schlecht durchgeführten wirtschaftlichen Reformen und das Blutvergiessen im ersten Tschetschenien-Krieg (1994–1996) trägt jedoch Boris Jelzin die Verantwortung. Während der russischen Privatisierung wurden Staatsbetriebe auf undurchsichtigen Wegen und zu Schleuderpreisen an ihre neuen Besitzer verkauft. Quasi als Dankeschön unterstützte der Geldadel Jelzin bei seinen zweiten Präsidentschaftswahlen 1996 und verhalf ihm dank einer umfangreichen PR-Kampagne zum bereits nicht mehr erwarteten

Sieg gegen den Kommunistenführer Gennadij Sjaganow.

Wegbereiter des Autoritarismus

Im Grunde allerdings trägt Jelzin auch eine Mitschuld an den zunehmend autoritären Tendenzen in Putins Russland. Der Ausgangspunkt ist hierbei das Jahr 1993, als Jelzin das Parlament auflöste. Weil ein Teil der Abgeordneten sich widersetzte, fuhren auf Befehl des Präsidenten Panzer auf. Kurz danach liess Jelzin vom Volk eine Verfassung absegnen, welche dem Präsidenten weitgehende Vollmachten einräumte und das Parlament quasi entmachtete. Nach 1996 verschlechterte sich der Gesundheitszustand des Präsidenten zunehmend. Bereits vor seiner Wiederwahl diagnostizierten Ärzte Herzprobleme. Zudem frönte Jelzin offensichtlich zunehmend dem Wodka. Bill Clinton musste ihm bei einem Staatsempfang einmal unter den Arm greifen, als Jelzin um sein Gleichgewicht rang. An Rücktritt dachte der Präsident mit der Postur eines russischen Bären trotzdem nicht,

auch nicht nach der Finanzkrise 1998, der Bankrotterklärung des russischen Staates. Am Ende seiner Amtszeit führte praktisch seine Tochter Tatjana die Geschäfte, der Präsident war längst zum Spielball der Oligarchen geworden. In der Not legte Jelzins Familie ihr Vermächtnis in die Hände eines ehemaligen KGB-Offiziers, Wladimir Putin. Kurz nach seiner Ernennung zum Premierminister leitete Putin den zweiten Tschetschenien-Feldzug ein. Der Krieg verschaffte ihm die nötige Popularität für den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2000. In seiner ersten Amtshandlung garantierte Putin seinem Vorgänger Straffreiheit.

Dass er den Schutz durch seinen Kronprinzen noch so lange in Anspruch nehmen müsste, damit hat wohl auch Jelzin selbst nicht gerechnet. Aufgrund vieler Bypass-Operationen und seiner Alkoholkrankheit wurde Jelzins Tod bereits kurz nach seinem Abtritt von der politischen Bühne erwartet. Nun aber kam der Herzstillstand in einer Moskauer Klinik doch überraschend.

Deutschland Behörden sollen Informationen zurückbehalten haben

Werden RAF-Prozesse neu aufgerollt?

In Deutschland könnten mehrere Prozesse um RAF-Morde neu aufgerollt werden, weil staatliche Stellen Informationen zurückgehalten haben.

Helmut Uwer, Berlin

«Wenn Behörden seit Jahren über genaue Tathergänge Bescheid wussten, diese aber nicht der Justiz zur Verfügung gestellt haben sollten, würde das eine juristische und politische Aufarbeitung erforderlich machen.» Nicht nur FDP-Chef Guido Westerwelle forderte Konsequenzen, nachdem der «Spiegel» gestern über angeblich von Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt (BKA) zurückgehaltene Informationen zum Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback 1977 durch die links-extremistische Rote Armee Fraktion (RAF) berichtet hatte. Auch Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) mahnte gestern «sofort» eine vollständige Aufklärung an. Allerdings müsse dabei Gründlichkeit vor Schnelligkeit stehen.

Noch aber ist völlig offen, welche Konsequenzen gezogen werden müssen. Sicher ist dagegen, dass der «Spiegel» nach langen Jahren endlich wieder einmal ein Thema vorgibt. Laut dem Hamburger Nachrichtenmagazin ist nun klar, wer die tödlichen Schüsse auf den Generalbundesanwalt abgegeben hat. Der 1999 nach 20 Jahren entlassene Stefan Wisniewski, der als einer der

härtesten RAFler gilt, soll der Mörder Bubacks sein. Das behauptet nicht nur Ex-Terrorist Peter-Jürgen Boock in einem Interview des Magazins. Der «Spiegel» verweist zudem auf Aussagen der Ex-Terroristen Verena Becker und Silke Maier-Witt. Becker soll ihre Aussage bereits Anfang der 1980er Jahre gegenüber dem Verfassungsschutz gemacht haben. Der soll die Information aber für sich behalten haben, um Becker zu schützen. Becker habe mit dem Verfassungsschutz zusammengearbeitet. Der damalige Verfassungsschutzpräsident Richard Meier wies diese Vorwürfe am Montag zurück. Die in der DDR untergetauchte Maier-Witt soll nach der Wende erklärt haben, dass sich der wegen Mittäterschaft verurteilte Knut Folkerts, den man bislang für den Todeschützen hielt, am Tag der Tat in Amsterdamm aufgehalten habe.

«Kartell des Schweigens»

Folkerts hat bisher wie alle anderen gefassten Ex-RAF-Terroristen geschwiegen. Einzig Boock hat begonnen, aus dem «Kartell des Schweigens» auszubrechen. Allerdings gilt er nicht unbedingt als der Glaubwürdigste. Boock hatte jahrelang bestritten, an Morden beteiligt gewesen zu sein. Erst 1995 legte er ein umfangreiches Geständnis ab. Auch vermutet er im Interview mit dem «Spiegel» lediglich, dass Wisniewski der Todschiitze war, da dieser die entsprechende Ausbildung im Jemen erhalten habe. Verena Becker wiederum wurde eine Zeitlang selber verdächtigt, die tödlichen Schüsse abgegeben zu haben. Ih-

re Spuren wurden laut der «Süddeutschen Zeitung» in den konspirativen Wohnungen in Karlsruhe gefunden, die von Wisniewski allerdings nicht. Sie wurde nur aus prozess-ökonomischen Gründen nicht wegen des Buback-Mordes angeklagt.

Erstaunlich ist es schon, dass Boock ausgerechnet jetzt sein Schweigen bricht, wo es um die Frage einer Begnadigung des Ex-Terroristen Christian Klar geht. Der hat sich bereits zweimal an Bundespräsident Horst Köhler gewandt. Seine Vorgänger haben bislang sechs Ex-Terroristen begnadigt. Angesichts der derzeitigen Debatte dürfte Köhler die Entscheidung nicht leicht fallen. Nicht nur zahlreiche Politiker, auch viele Angehörige der Opfer fordern als Voraussetzung für eine Begnadigung nicht nur Reue, sondern auch Aufklärung. Beides hat Klar bislang verweigert. Eine vorzeitige Freilassung wäre allerdings 2009 nach 26 Jahren Haft möglich. Heute entscheidet das Landgericht Karlsruhe über Haftverlängerungen.

Viele ungeklärte Gewalttaten

Zu den ungeklärten Taten der RAF gehören die Morde an Treuhändchef Detlev Karsten Rohwedder, Deutsche-Bank-Vorstandssprecher Alfred Herrhausen, MTU-Chef Ernst Zimmermann, Siemens-Vorstand Karl Heinz Beckurts und am Spitzenbeamten Gerold von Braunmühl. Von den 22 Gewalttaten der dritten RAF-Generation, die zwischen 1984 und 1998 begangen wurden, sind bislang nur zwei aufgeklärt. Von sieben Tätern fehlt bislang jede Spur.

Nigeria

Yar'Adua zum Sieger erklärt

Gouverneur Umaru Yar'Adua ist zum Sieger der von Gewalt und Betrugsvorwürfen überschatteten Präsidentschaftswahl Nigerias erklärt worden.

Der muslimische Politiker der Regierungspartei, Umaru Yar'Adua, habe 24,6 Millionen Stimmen erhalten, teilte die Wahlkommission gestern in Abuja mit. Oppositionskandidat Atiku Abubakar hatte schon vor Veröffentlichung des Ergebnisses erklärt, dass er es nicht anerkennen werde. Abubakar, der nach Korruptionsvorwürfen erst in letzter Minute zur Wahl zugelassen worden war, kam nach Angaben der Wahlkommission auf 2,6 Millionen Stimmen. Zweiter wurde der ehemalige Militärherrscher Muhammadu Buhari mit 6,6 Millionen Stimmen.

Wahlbeobachter üben Kritik

Wahlbeobachter der Europäischen Union hatten die Abstimmung vom Samstag als unglaublich bezeichnet. Der Chef der EU-Wahlbeobachter, Max van den Berg, sagte, die grundlegenden Standards für eine freie und faire Wahl seien nicht erfüllt worden. Die USA kritisierten, die Wahl sei von Unregelmässigkeiten geprägt gewesen. Auch der Vorsitzende der grössten Organisation einheimischer Beobachter (TMG), Innocent Chukwuma, sagte gestern vor Journalisten in Abuja, dass der Urnengang vom Samstag den weltweit anerkannten Standards für demokratische Wahlen nicht genügt habe. Die rund 50 000 Beobachter hätten im ganzen Land «zahlreiche Fehler, Unregelmässigkeiten und Fahrlässigkeiten» festgestellt, sagte der TMG-Vorsitzende. Die Organisation fordere, dass sie für nichtig erklärt werde.

Vor und während der Wahl war es zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen, bei denen schätzungsweise 200 Menschen getötet wurden. Augenzeugen berichteten von bereits markierten Wahlzetteln, gestohlenen Urnen und Polizisten, die Wähler beeinflussten. Der scheidende Präsident Obasanjo räumte ein, dass die Wahlen nicht als «perfekt» gelten könnten. (dpa/reu)

In Kürze

Unspektakuläre Wahl

Damaskus. In Syrien sind gestern die Parlamentswahlen ohne Zwischenfälle zu Ende gegangen. Oppositionsgruppen im Land und im Exil hatten zum Wahlboykott aufgerufen. Nach syrischem Gesetz hat die Regierungspartei von Präsident Baschar al-Asad eine garantierte Mehrheit. Die Wahlbeteiligung ist in Syrien meist extrem niedrig. Mit den Resultaten wird am Dienstag gerechnet. Die Syrer wählen die 250 Abgeordneten, von denen 127 offiziell «Bauern oder Arbeiter» sein müssen, für eine Dauer von vier Jahren. (dpa)

Erfolg für EU-Zollbehörden

Brüssel. In einer koordinierten Aktion haben die Zollbehörden in der Europäischen Union (EU) 135 Millionen geschmuggelte Zigaretten beschlagnahmt. Allein dadurch sei ein Steuerschaden von 220 Millionen Euro verhindert worden. Während der EU-weiten «Operation Diabolo» seien im Februar ausserdem eine halbe Million Textilien, Schuhe, Spielwaren, Möbel und anderes meist aus China stammendes Schmuggelgut eingezogen worden. (reu)

Gates in Moskau abgeblitzt

Moskau. Russland hat das Angebot der USA abgelehnt, sich als Partner am geplanten Raketenabwehrsystem zu beteiligen. Dies machte Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow gestern nach einem Treffen mit seinem US-Kollegen Robert Gates in Moskau klar. Das System, das die USA in den früheren Ostblockstaaten Polen und Tschechien stationieren wollten, gefährde die regionale und internationale Sicherheit. (reu/dpa)